Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich Mk., auf dem Lande Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Insertionspreis Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 186 — **Freitag den 11. August 1922.** — **81. Jahrgang**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In Londoner diplomatischen Kreisen glaubt man, daß die Londoner Konferenz ein kurzfristiges Moratorium für Deutschland beschließen und die endgültige Regelung der vorliegenden Fragen auf den Herbst verschieben werde.

* Die Forderungen Poincarés sind in London auf so starken Widerstand gestoßen, daß Lloyd George mit einem Bruch der Entente drohte.

* Die französischen Behörden in Elsaß-Lothringen haben den Befehl erhalten, eine Liste der Deutschen vorzubereiten, die auf Grund der „Retorsionen" Poincarés ausgewiesen werden sollen.

* Aus neuen Dokumenten und Protokollen vom Jahre 1912 haben sich neue Beweise dafür ergeben, wie Poincaré seinerzeit den Krieg gegen Deutschland systematisch vorbereitet hat.

* Graf Lerchenfeld ist in Berlin eingetroffen und hat mit dem Reichspräsidenten und dem Kabinett über die zwischen Berlin und München schwebenden Differenzen verhandelt.

Wer siegt?

Der Sachverständigenausschuß in London hat, so viel scheint jetzt schon festzustehen, sehr viel Wasser in den Wein der „produktiven Pfänder" des Herrn Poincaré gegossen. Ob nun daraufhin die Konferenz zu einer runden Ablehnung der famosen Vorschläge des französischen Ministerpräsidenten kommen oder ob sie den „Bruch" riskieren wird, den Lloyd George am Vorabend der neuesten Ministerzusammenkunft sorgenvoll an die Wand malte — niemand wagt, diese Frage zu entscheiden, der noch nicht vergessen hat, wie sehr man sich in allen bisherigen Fällen vor einer irgendwie endgültig zu nennenden Entscheidung herumgedrückt hat. Auf irgend ein faules Kompromiß wird, allem Anscheine nach, auch diesmal die ganze Rederei hinauslaufen, da man nun einmal der deutschen Regierung bis zum 15. Aug. eine Antwort auf ihr Sandungsgesuch vom 12. Juli versprochen hat.

Wir forderten eine Neuregelung unserer Zahlungsverpflichtungen für dieses und die beiden folgenden Jahre. In England wollte man wenigstens eine Atempause für den Rest des Jahres 1922 bewilligen, in Frankreich nur für wenige Wochen oder Monate ein Nachsehen haben, und das nur gegen neue Garantien. Man wird, so scheint es, Frankreich in der Fristbestimmung entgegenkommen, dafür aber von seinen „produktiven Pfändern" so viel wie möglich abhandeln, die bedenklichsten jedenfalls von vornherein aus der Debatte ausscheiden. Schon am Montag ist Herrn Poincaré mit dürren Worten gesagt worden, daß seine „produktiven Pfänder" nur eine kluggewählte Umschreibung für nackte Zwangsmaßnahmen darstellen, die er mit wahrem Namen zu nennen sich aus naheliegenden Gründen gescheut habe. Beschlagnahme von Staatswäldern und Gruben, noch stärkere Belastung unserer Kohlenproduktion und ähnliches mehr, davon will man in London und gar erst in Italien absolut nichts wissen. Man lehnt sie allein schon aus dem zutreffenden Grunde ab, daß ihr finanzieller Ertrag die ungeheure Erschütterung der deutschen Wirtschaft nicht rechtfertige, und daß überdies die psychologische Wirkung solcher gewaltsamen Eingriffe auf die politische Grundeinstellung des deutschen Volkes nur in der Aufhäufung neuen Zündstoffes bestehen könne. Herrn Poincaré mag das alles sehr gleichgültig, die Verschärfung unserer Notlage sogar innerlich willkommen sein. Daß er mit seinem Programm, so wie es in London vorgelegt wurde, dort unmöglich durchdringen werde, darüber war er sich auch von vornherein gewiß keinen Augenblick im Zweifel. Daß er sich mit seinen vorzeitig und auf eigene Faust in Kraft gesetzten „Retorsionen" zunächst noch einigermaßen Zwang auferlegte, davon versprach er sich bei seinen Verbündeten wohl einen günstigen Eindruck und daraufhin auch eine glimpflichere Aufnahme seiner neuen Garantien für Deutschland. Er wird schon ganz zufrieden sein, wenn ihm von diesen die eine oder die andere bewilligt und sein eigenmächtiges Vorgehen uns gegenüber in der Ausgleichsfrage ausdrücklich oder stillschweigend gutgeheißen wird, obwohl es ebenso rechts- wie sinnwidrig ist. Dann würde man also einstweilen dahin schlüssig werden, uns mit irgendwelchen kleinen Zeitgewinnen abzuspeisen, endgültige Entschließungen aber auf später zu vertagen.

Ist doch schon auch davon wieder die Rede, daß man durch abermalige Entsendung einer Sachverständigen-Kommission nach Deutschland Zeit gewinnen wolle, ein Verfahren, zu dem die deutsche Regierung eigentlich auch nicht mehr länger mitzuwirken brauchte, denn für unseren Bedarf ist auf diese Weise wahrlich schon genug und übergenug Zeit und Arbeit vertrödelt und verschwendet worden. Selbst diese Geringfügigkeiten aber würden dann zugunsten der Franzosen wieder mit neuen Belastungen zu erkaufen sein, so daß wir im Ergebnis nur eine neue Zeche zu bezahlen hätten. Aber die Entente, die Entente wäre gerettet — was gibt es für die Staatsmänner von heute Wichtigeres auf der Welt als die Sorge um dieses köstliche Gut!

*

Die Ausweisung aus dem Elsaß aufgeschoben.

Dem Pariser „Journal" wird aus Straßburg berichtet, daß dort der Befehl eingetroffen sei, die ausgesprochenen Ausweisungen von Deutschen bis auf weiteres aufzuschieben. Nach dem Berichterstatter des Blattes hatte man für Dienstag abend den Beginn der Ausweisungen erwartet und für die Durchführung dieser Maßnahme bereits 50 Polizeiinspektoren bereitgestellt.

*

Gefahren für die Entente.

Am Mittwoch waren die Verhandlungen, wie aus London gemeldet wird, von einem Kompromiß weit entfernt. Die Lage war äußerst schwierig. Man sprach sogar von der großen Wahrscheinlichkeit, daß es nicht nur zu einem Abbruch der Konferenz, sondern auch zu einem Bruch der Entente kommen könne. Tatsächlich versammelte der Privatsekretär Lloyd Georges, Sir Edward Grigh, die englischen Journalisten und teilte ihnen mit, daß sich die Lage sehr zugespitzt habe, so daß Lloyd George einen Bruch der Entente nicht nur für wahrscheinlich, sondern sogar für unvermeidlich ansehe. Die Gegensätze zwischen der französischen und englischen Auffassung wegen der produktiven Pfänder, die Poincaré für die Bewilligung eines Moratoriums an Deutschland durchsetzen will, sind äußerst tief und einschneidend. In der Sitzung der Sachverständigen prallten die Gegensätze hart aufeinander. Die Engländer bestritten immer wieder die Richtigkeit der von den Franzosen vorgebrachten Zahlen und unterstrichen auch die Tatsache, daß die Pfänder, die man von Deutschland haben wolle, keinen wirtschaftlichen, sondern ausschließlich politischen Charakter hätten. Von französischer Seite wurde entgegengehalten, die Sachverständigen hätten kein Recht, über politische und nichtpolitische Fragen sich zu entscheiden, das stehe nur den Regierungen zu.

*

Überschwengliche französische Hoffnungen.

Nach Pariser Blättermeldungen wird der Bericht der Sachverständigen folgende Angaben enthalten: 1. die 26prozentige Abgabe auf ausländische Devisen, die dem Garantiekomitee ausgeliefert werden soll, sei gemeinsam auf 1250 Millionen Goldmark im Jahre abgeschätzt worden; 2. der Ertrag der deutschen Zolleinnahmen sei ungefähr auf 300 Millionen Goldmark festgestellt worden; 3. die 60prozentige Abgabe vom Aktienkapital der auf dem linken Rheinufer gelegenen chemischen und Farbfabriken, die einem interalliierten Syndikat übermittelt werden soll, dürfte jedenfalls, wie die Sachverständigen sagen, 600 Millionen Goldmark ergeben. Was die Einnahmen der Staatsbergwerke und Staatswälder anlange, so seien die Ziffern stark angezweifelt worden. Die englischen Sachverständigen bemerkten, der Versuch allein, sie einer internationalen Körperschaft anzuvertrauen, dürfte schon eine Verminderung ihres Ertrages herbeiführen. Die Sachverständigen seien aber darüber einig, ihren Ertrag auf 60 Millionen Goldmark abzuschätzen.

Im allgemeinen sind die Engländer, die ja einen großen Teil der Forderungen ablehnen, der Meinung, daß auch bei einer Verwirklichung der französischen Ansprüche sich eine viel geringere Summe aus den Maßnahmen ergeben würde, als wie es die Franzosen darstellen.

Poincarés Schuld am Kriege.

Neue Dokumente und Enthüllungen.

Das soeben erschienene Heft der Süddeutschen Monatshefte beschäftigt sich eingehend mit Poincarés Politik vor dem Kriege, vor allem in dem bedeutungsvollen Jahre 1912. In dem Heft findet man die unwiderleglichen Beweise dafür, daß Poincaré als Außenminister insbesondere der Herstellung eines guten Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland sich mit aller Kraft widersetzte, während des Balkankrieges sogar direkt

die Entfachung des Weltbrandes betrieben

hat. Von Bedeutung sind vor allem zahlreiche, bisher noch unbekannte Depeschen und Dokumente, vor allem die Protokolle der Beratungen der Generalstabschefs der russischen und französischen Armee aus den Jahren 1911, 1912, 1913, die jetzt zum erstenmal der Öffentlichkeit bekannt werden. Daraus ersieht man, daß der Krieg gegen Deutschland und Österreich-Ungarn systematisch vorbereitet war. Aus dem Inhalt sei folgendes erwähnt:

Am 5. August 1912 tritt Poincaré seine erste Reise nach Rußland an. Aus Berichten Sasonows erfährt man, daß bei diesem Anlaß auch Besprechungen zwischen den Leitern der französischen und russischen Generalstäbe stattfanden, und Poincaré versicherte Sasonow, daß er das größte Gewicht auf die Erfüllung des Wunsches des französischen Generalstabes über die Steigerung der Transportfähigkeit des westlichen russischen Eisenbahnnetzes lege. Über die

Abmachungen mit England

berichtete Poincaré, daß, obwohl zwischen Frankreich und England nicht der geringste geschriebene Vertrag existiere, die General- und Admiralstäbe beider Länder in intimer Verbindung miteinander standen. Es existierte ein mündliches Übereinkommen, wonach England Frankreich sowohl zu Lande wie zur See Hilfe versprach und hunderttausend Mann an die belgische Küste schicken werde.

Den Schluß des Heftes bilden drei Protokolle der Generalstabschefs von Frankreich und Rußland. Aus ihnen geht vor allem hervor, daß bei der Mobilmachung des deutschen Heeres Rußland und Frankreich verpflichtet sind, sofort ihre Streitkräfte mobil zu machen. Deutschland soll zur gleichen Zeit im Westen und Osten angegriffen werden.

Der Gesamteindruck dieser Dokumente geht dahin, daß Poincaré, nicht aber Deutschland die Schuld daran trägt, daß sieben Millionen Tote in Europa begraben liegen und 20 Millionen Lebender durch ihre Wunden und ihre Leiden von der Tatsache Zeugnis ablegen, daß verblendete Leidenschaft befriedigt werden mußte.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Minister Geßler verteidigt die Reichswehr.

Der Reichswehrminister hat dem Reichsheere die Erklärung bekanntgegeben, die er im Reichstag bei Besprechung der Interpellationen über die Vorgänge bei der Hindenburgfeier in Königsberg hat abgeben lassen, ebenso von dem Schreiben an den Reichspräsidenten, in dem er um Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die Reichswehr bittet. Der Minister erklärt, daß eine derartige Untersuchung als der beste, wenn nicht einzige Weg erscheint, um die systematische Lügenpropaganda gegen das Heer in aller Öffentlichkeit aufzuklären und dadurch die Interpellanten im Reichstag zur Anerkennung des durchaus loyalen Verhaltens der Reichswehr zu zwingen.

Gesetzliche Regelung der Feiertage.

Die vielfachen Unzuträglichkeiten, die daraus entstehen, daß die einzelnen Länder gewisse Feiertage, wie z. B. den Bußtag usw. nach ihrem Gutdünken festsetzen, haben die Reichsregierung veranlaßt, einen Gesetzentwurf vorzubereiten, der die Frage der Feiertage im Reiche einheitlich regelt. Der Entwurf liegt zurzeit dem Reichsrat vor. Auch er sieht den 11. August als Verfassungsfeiertag vor und außerdem noch einen Gedenktag für die Kriegsopfer, der jeweils der 6. Sonntag vor Ostern sein soll.

Graf Lerchenfeld in Berlin.

Der bayerische Ministerpräsident ist am Mittwoch in Begleitung der Minister Schweyer und Gürtner in Berlin eingetroffen, wo er zunächst dem Reichspräsidenten einen Besuch abstattete. Dann begannen unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten die Verhandlungen über die Gesetze zum Schutze der Republik und die bayerische Verordnung. Daran nahmen der Reichskanzler und mehrere Minister teil. Die Aussprache erstreckte sich über den ganzen Komplex der zwischen dem Reich und Bayern zu behandelnden Fragen und wurde durchaus ruhig und sachlich geführt. Voraussichtlich wird sie aber nicht zu einem endgültigen Übereinkommen führen, da die bayerische Regierungskommission mit beschränkten Vollmachten nach Berlin gekommen ist und keine verbindlichen Erklärungen abgeben kann, ehe sie nicht in München den Parteien Bericht erstattet hat.

Waffenfunde in Neiße.

Das französische amtliche Bureau Havas behauptet zu leicht durchsichtigem Zwecke, in der Festung Neiße seien 1000 Tonnen Kriegsmaterial gefunden worden. Die Feststellungen haben ergeben, daß in der Tat in den Kasematten der längst geschleiften Festung Neiße in einigen Räumen Kriegsmaterial in größeren Mengen vorgefunden worden ist. Entdeckt wurden u. a. 543 Gewehre und Karabiner, sechs leichte und acht schwere Maschinengewehre, außerdem große Mengen von Pulver und Munition. Geschütze oder Minenwerfer sind nicht vorgefunden worden. Es ist anzunehmen, daß der größte Teil dieser Bestände von dem sogenannten wilden Selbstschutz versteckt worden ist. Der Umstand, daß außer dem Material auch Schrott vorgefunden worden ist, legt die Vermutung nahe, daß ferner aus gewinnsüchtigen Zwecken Material dort versteckt worden ist, um es bei Gelegenheit zu verwerten. — Die Militärverwaltung hatte entgegen den französischen Behauptungen mit der Sache gar nichts zu tun. Untersuchung ist eingeleitet.

Will die Pfalz los von Bayern?

Der „Bayerische Kurier" glaubt Ursache zu haben, aufmerksam zu machen auf Gelüste in der Pfalz, sich von Bayern zu trennen und sich Baden oder Hessen anzuschließen. Das Blatt behauptet, von Baden sei in der Pfalz in dieser Richtung angeklopft worden. Es sollen nicht etwa untergeordnete Persönlichkeiten gewesen sein, die diese Aktion unternahmen, sondern Beauftragte politischer Parteien. Der „Bayerische Kurier" sagt ferner, die Angelegenheit sei so weit gediehen, daß es nicht mehr länger anginge, davon zu schweigen.

Deutsch-Österreich.

× Österreichs Versuche zur Wiederaufrichtung. Der österreichische Außenminister Dr. Grünberger hielt im Außenministerium vor einer Versammlung ausländischer Pressevertreter eine Rede über die schwierige Lage Österreichs und über die Aktion für den Wiederaufbau des Landes, das sich jetzt in der kritischsten Lage befinde. Die Regierung sei deshalb gezwungen, von der Bevölkerung

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF